



# Sportpolitik in Hamburg

Eckpunkte

Joachim Bischoff  
Michael Joho

**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

# Sportpolitik in Hamburg

## Eckpunkte



Joachim Bischoff  
Michael Joho

Mit diesen Eckpunkten zur Sportpolitik legt die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft erstmals eine Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklungen und ihre programmatischen Grundgedanken für die Hamburger Sportlandschaft vor. Es handelt sich dabei keineswegs um ein abgeschlossenes, alle Seiten berücksichtigendes Konzept. Es handelt sich um Eckpunkte, die die Verortung in den sportpolitischen Auseinandersetzungen klären und veranschaulichen können. Wir wünschen uns Kritik und Anregungen, damit nach einer längeren Phase der Diskussion dann ein erweitertes bzw. konkretisiertes Sportprogramm der LINKEN für Hamburg entstehen kann.

# Inhalt

<b>Der hamburgische Sport: Nicht gerade Highlights</b> .....	4
<b>Sportpolitik der LINKEN: Was ist das?</b> .....	6
<b>Sportstadt Hamburg: Bestandsaufnahme</b> .....	9
Gescheiterte Bewerbungen um Großevents .....	10
Die Kombi-Rennbahn .....	10
Der Breiten- und Schulsport wird vernachlässigt .....	11
Kindersportschulen: In Zukunft alles über Spenden? .....	12
Die Sporthallen und -plätze vergammeln .....	13
Privatisierung der Sportstätten? .....	13
Prioritäten für Spitzen-Events .....	14
<b>Die Rolle der Sportvereine und -verbände</b> .....	15
<b>Die Rolle der städtischen Sportverwaltung</b> .....	17
<b>Die sportpolitischen Forderungen der LINKEN für Hamburg</b> .....	19

## 4 Der hamburgische Sport: Nicht gerade Highlights

Einige wenige Schlaglichter sollen zunächst wichtige Entwicklungen bzw. die gegenwärtige Situation des hamburgischen Sports beleuchten:

- Die führende Rolle im Breitensport hat Hamburg teilweise wieder an andere Städte abgeben müssen.
- Der seit einigen Jahren anhaltende Abbau der öffentlichen Mittel und eine mangelhafte Verwaltung haben zu einem erheblichen Sanierungsstau bei etlichen Sportstätten, also bei Turnhallen, Sportplätzen und Schwimmbädern geführt.
- Die vereinzelte Schließung von Turnhallen und Schwimmbädern und der unzureichende Neubau haben den Mangel an intakten, stadtteilnahen Sportstätten verschärft; die Breitensportmöglichkeiten sind dadurch nachhaltig eingeschränkt worden.
- Immer deutlicher wird eine Verlagerung von Mitteln aus dem Freizeit-, Breiten- und Unterrichtssport zugunsten von tourismusverbundenen und medien-gerechten Spitzensport-, Groß- und Event-Veranstaltungen.

Im Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der GAL finden sich gerade einmal 16 Zeilen zum Sport. Festgeschrieben wurde darin nur

- einen Sportentwicklungsplan zu erstellen;
- die Sportstätten insbesondere hinsichtlich der »Ressourceneffizienz« und des Klimaschutzes instand zu setzen;
- über die Schaffung der kombinierten Trab- und Galopprennbahn (Kombibahn) in Horn zügig zu entscheiden;
- die Vereinbarkeit von Leistungssport und Tätigkeit im Öffentlichen Dienst zu verbessern;
- am Sportfördervertrag »im Grundsatz« festzuhalten;
- im Jahre 2008 eine Software zur Nutzung von Sportstätten einzuführen.

**Instandset-  
zung der  
Sportstätten  
lässt auf sich  
warten**

Diese wenigen Punkte können kaum als sportpolitisches Programm bezeichnet werden, selbst deren Umsetzung hinkt den eigenen Zielvorgaben hinterher. Die Instandsetzung der Sportstätten lässt auf sich warten und wird nicht in dem notwendigen Umfang und Tempo angegangen. Die Kombibahn ist absehbar ein millionenschweres Euro-Grab (inkl. weiterer Mittel für die dauerhafte Unterhaltung), das vorrangig geschaffen werden soll, um die High Society, die Pferdeto-LiebhaberInnen und einige Ascot-versessene TouristInnen zu erfreuen. Für die Handvoll LeistungssportlerInnen im Öffentlichen Dienst wird sich sicher eine Regelung finden lassen. Die Sportförderung fällt noch immer erheblich geringer aus als vor einigen Jahren und reicht hinten und vorne nicht. Auch die seit Jahren hinschleppende Einführung einer Sportstätten-Software bezieht selbst

zu Ende des dritten Quartals 2009 noch nicht alle räumlichen Kapazitäten ein. Immerhin, der überfällige Sportentwicklungsplan ist im Juli 2009 mit der Beauftragung qualifizierter ExpertInnen auf den Weg gebracht worden.

DIE LINKE veranschlagt den Stellenwert des Sports erheblich höher, als es die Senatsparteien bei Abfassung des Koalitionsprogramms getan haben. Deshalb betrachten wir die Entwicklungstendenzen des hamburgischen Sports in den vergangenen gut anderthalb Jahren äußerst kritisch. Die Bereitstellung von teilweise erheblichen Mitteln für die Bewerbung und Austragung von nationalen und internationalen Meisterschaften und anderen sportlichen Events geht unübersehbar auf Kosten des Breitensports und der zügigen Wiederherstellung bzw. Neuschaffung dringend notwendiger Sportstätten.

**Für ein durchdachtes Sportkonzept**

Symptomatisch ist hierfür die abschlägig beschiedene Bewerbung um die Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 (mit den legendären aufblasbaren Schwimmbecken, die nach Veranstaltungsende wieder abgebaut worden wären). Alleine die Bewerbungskosten beliefen sich auf ca. 1,1 Mio. Euro, die ebenfalls gescheiterte Bewerbung um die StudentInnen-Universiade 2015 kostete die Hamburger SteuerzahlerInnen sogar rund 2,25 Mio. Euro. Aus diesen »Niederlagen« bei den Bewerbungen um Sport-Events wurden keine Konsequenzen gezogen. Im Gegenteil: Kaum hatte im Juli 2009 das Emirat Dubai den Zuschlag für die Schwimm-Weltmeisterschaft erhalten, kündigte die Kultur- und Sportsenatorin Prof. Karin von Welck trotzig an, sich erneut dann eben um die Weltmeisterschaft 2015 zu bemühen. Immer häufiger wird um eine Meisterschaft nach der anderen gebuhlt, obwohl man von den alleine von Hamburg beizusteuernenden rund 25 Mio. Euro für eine Schwimm-Weltmeisterschaft gut und gerne einige Dutzend großer Anlagen grunderneuern könnte.

Typisch für die jüngere Sportpolitik des Senats ist neben der übermäßigen Förderung des Hochleistungs- und Eventsports vor allem die zunehmende Ausrichtung auf Public-Private-Partnership-Projekte (PPP-Projekte) und die Privatisierung öffentlicher Flächen und Belange. So soll der langjährig aufgelaufene Sanierungsstau bei öffentlichen Turnhallen und Sportplätzen die Übergabe an (angeblich besser wirtschaftende) private oder privatwirtschaftlich agierende Träger in der Öffentlichkeit begründen und ermöglichen helfen.

**PPP-Projekte sollen den Sport retten**

Statt die zunehmend maroden Sportanlagen beschleunigt zu sanieren und damit wieder ohne Einschränkungen zugänglich zu machen, wird zwar wieder investiert, aber zugleich daran gedacht, diese städtischen Anlagen dann Vereinen oder anderen Trägern in privater Verfügungsgewalt zu überlassen. Mit dieser Entwicklung zieht sich der Senat nach und nach aus seiner Verantwortung und der Sorge um Bewegung und Sport der Hamburger Bürger und Bürgerinnen heraus.

Ausgehend von diesen zentralen Thesen haben wir im Folgenden die grundsätzlichen Ziele der Sportpolitik der LINKEN niedergelegt, beschäftigen uns ausführlicher mit den gegenwärtigen Entwicklungslinien der Sportpolitik in Ham-

- 6 burg und unserer daran geübten Kritik. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Rolle der Sportvereine und -verbände sowie die städtische Sportverwaltung. Zum Schluss sind dann die wichtigsten sportpolitischen Forderungen, für die DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft eintritt, noch einmal zusammengefasst.

## Sportpolitik der LINKEN: Was ist das?

DIE LINKE begreift Sport als Einheit von Breiten-, Freizeit- und Gesundheitssport, Kinder- und Seniorensport, Behinderten- und Rehabilitationssport sowie Leistungssport im Nachwuchs- und Hochleistungsbereich. Sport bedeutet aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sport und Bewegung dienen der Erhaltung und Festigung der Gesundheit, der systematischen Prävention und Förderung gesundheitsbezogener Lebensstile.

»Sport für  
Alle!«

»Sport für Alle« und »lebenslanges Sporttreiben« sind Grundforderungen gesellschaftlicher und individueller Lebensqualität. Der Sport verbindet unterschiedliche Generationen, Menschen unterschiedlicher sozialer, ethnischer und religiöser Herkunft, unterschiedlichen Geschlechts und Menschen mit und ohne Behinderungen. Er kann Kinder und Jugendliche von der Straße holen oder zum gemeinsamen Sporttreiben gerade auf die Straße bringen. Sportliche Betätigung fördert die soziale Kompetenz, das Fairplay wie auch das Leistungsstreben.

Sportförderung sollte allen BürgerInnen jedweden Alters die Möglichkeit eröffnen, sich unabhängig von sozialer Herkunft, Nationalität, Weltanschauung und Geschlecht sowie ungeachtet organisatorischer Bindungen und unterschiedlicher Einkommensverhältnisse nach den eigenen Interessen, Bedürfnissen und Fähigkeiten angemessen sportlich betätigen zu können. Die öffentlichen Institutionen haben dabei auf eine ausgewogene Förderung des Freizeit-, Breiten-, Behinderten- und Gesundheits- sowie des Nachwuchsleistungssports hinzuwirken. Vor allem unter dem Gesichtspunkt der sozialen Spaltung der bundesdeutschen Gesellschaft ist dafür zu sorgen, dass sich die Benachteiligung nicht auch noch in den Bereich der sportlichen Betätigung fortpflanzt. Der überwiegend in Vereinen und Verbänden organisierte Sport ist in ausreichendem Maße zu fördern; nicht vereinsgebundenen Sporttreibenden müssen genügend Möglichkeiten offen stehen, öffentliche Einrichtungen (Plätze etc.) zu nutzen. Den Belangen des Natur- und Umweltschutzes ist beim Sport, insbesondere in der Sportstättenplanung, deutlich stärker Rechnung zu tragen.

Vorrang für  
gemeinnützi-  
gen Sport

DIE LINKE engagiert sich dafür, dass der gemeinnützige Sport in allen Bereichen absoluten Vorrang vor privatkapitalistischen Veranstaltern genießt. DIE LINKE setzt sich daher auch für eine stärkere Förderung des Ehrenamtes sowie ein vereinfachtes Vereinsrecht ein. Dabei ist das Steuerrecht so zu verändern, dass es die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen zur direkten Unter-

stützung gemeinnütziger Sportvereine und des Sports aller Altersgruppen motiviert. Zugleich setzt sich DIE LINKE für Reformen im Vereinssport ein.

DIE LINKE strebt eine wirkungsvolle Sportförderung und Bewegungserziehung insbesondere der jungen Menschen an. DIE LINKE setzt sich dafür ein,

**Für wirkungsvolle Sportförderung**

- die sportliche Betätigung im Vorschulbereich als Bestandteil des allgemeinen Erziehungs- und Bildungsauftrages weiter zu entwickeln;
- den Sport als gleichberechtigtes Unterrichtsfach in den Bildungseinrichtungen, insbesondere in der Schule, anzuerkennen;
- die tägliche Sportstunde als einheitliches und inhaltlich abgestimmtes Unterrichtsangebot gesetzlich zu regeln und innerhalb eines klaren Zeitrahmens zu realisieren;
- die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und dem außerschulischen Sport (vor allem den Sportvereinen) auf Stadtteilebene zu verbessern und im Freizeitbereich stärker aufeinander zu beziehen (was nicht dahingehend missverstanden werden darf, schulische Angebote durch Vereins- oder sonstige private Träger zu ersetzen);
- die Vereine und entsprechende Institutionen mit Sportangeboten für Kinder und Jugendliche materiell und finanziell in besonderer Weise zu unterstützen;
- die ständige Zusammenarbeit aller VerantwortungsträgerInnen für den Kinder- und Jugendsport zu sichern, vor allem im Interesse ausreichender Sportangebote für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig davon, ob sie aus Einkind- oder Großfamilien, von Alleinstehenden, Arbeitslosen, Hartz IV-EmpfängerInnen oder aus Familien mit unterschiedlicher kultureller Identität und Tradition stammen;
- die Chancengleichheit für alle bei der rechtzeitigen Sichtung und Entwicklung von Talenten sowie hinsichtlich des chancengleichen Zugangs zu entsprechenden Fördereinrichtungen und -möglichkeiten (wie z.B. Sportschulen und -internaten, Schul- und Leistungssportzentren) zu gewährleisten und allen Talenten den Weg in die Förderprojekte des Sports gleichberechtigt zu öffnen;
- dass die Jugendämter Sport als konkrete Projektform der Jugendförderung gemäß SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe Kap. 5) anerkennen und die Angebote gemeinnütziger Sportvereine und freier Träger unterstützen;
- die Sportförderung bei den Angeboten für die SeniorInnen und die gesundheitlich eingeschränkten Teile der Bevölkerung deutlich auszuweiten;
- im Zusammenhang mit der Gesundheitspolitik eine Ausweitung differenzierter Angebote voranzutreiben.

DIE LINKE unterstützt darüber hinaus die Förderung des Spitzensports durch den Bund und die Länder, sofern die Autonomie des Sports gewahrt bleibt, und befürwortet auch, die Leistungen der Athletinnen und Athleten aller Sportar-

- 8 ten und Disziplinen gleichermaßen anzuerkennen sowie die berufliche Aus- und Weiterbildung der Sportlerinnen und Sportler zu gewährleisten.

DIE LINKE engagiert sich für

**Nachwuchs-  
und Talent-  
förderung**

- eine planmäßige Nachwuchsförderung und die schulische Unterstützung der Talente;
- eine durchgängige sportmedizinische Betreuung aller Athletinnen und Athleten;
- die gesellschaftliche Anerkennung und existenzielle Absicherung der ÜbungsleiterInnen, TrainerInnen, WissenschaftlerInnen, PhysiotherapeutInnen, ÄrztInnen und der anderen für das Training notwendigen Kräfte, auch durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

**Doping  
wirkungsvoll  
bekämpfen**

DIE LINKE lehnt Doping und alle Formen der Manipulation (der Verwendung unerlaubter Mittel) von sportlichen Leistungen ab und fordert die konsequente Durchsetzung entsprechender Regelungen des Internationalen Olympischen Komitees und anderer Sportverbände.

DIE LINKE unterstützt auf kommunaler Ebene alle Aktivitäten, die dazu beitragen,

**Kostenlose  
Nutzung von  
Sportstätten  
durch  
Schulen und  
Vereine**

- vorhandene Sportflächen und -stätten einschließlich der Schwimmbäder in kommunaler Zuständigkeit zu erhalten, planerisch zu erfassen und mit dem erforderlichen Zuwachs in den entsprechenden Entwicklungs- und Bebauungskonzepten festzuschreiben;
- die zweckentfremdete Nutzung oder Privatisierung von kommunalen Spielplätzen, Sportflächen, Sporthallen und Schwimmbädern zu verhindern bzw. zurückzuschrauben;
- eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit sowie vielfältige und flexible Nutzungen der Sportstätten zu ermöglichen;
- die entgeltfreie Nutzung der Sportstätten und Schwimmbäder durch Schulen und gemeinnützige Sportvereine zu sichern und den freien Trägern sozialverträgliche Lösungen anzubieten;
- gemeinnützige Sportvereine, -gruppen und -initiativen, insbesondere mit hohem Anteil an Kindern, Jugendlichen bzw. sozial schwachen Mitgliedern, kontinuierlich finanziell zu fördern;
- die Tätigkeit im und für den Sport in den Kommunen personell zu unterstützen, u.a. durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor;
- Entwicklungspläne für Sportanlagen unterschiedlicher Art zu erarbeiten bzw. zu vervollkommen;
- kommunale Sportausschüsse zu bilden, sachkundige BürgerInnen für die Mitarbeit zu gewinnen und Sportentwicklungspläne zu erarbeiten.

Den Sportvereinen, als der entscheidenden organisatorischen Basis für den Freizeit- und Breitensport, sind durch die Länder und Kommunen die notwendigen Mittel aus dem Finanzhaushalt zur Verfügung zu stellen, um den Sport für alle organisieren und kontinuierlich betreiben zu können. 9

## Sportstadt Hamburg: Bestandsaufnahme

Die Situation des Sports in der Freien und Hansestadt ist durch folgende Faktoren geprägt:

- Hamburg verfügt über eine große Tradition in nahezu allen Sparten des Sports, auf Grund der Lage an Elbe und Alster insbesondere im Schwimm- und Wassersport.
- Die führende Rolle im Breitensport hat Hamburg in der jüngsten Vergangenheit teilweise wieder an andere Städte abgeben müssen.
- Der Zustand der Sportplätze, Turnhallen und Schwimmbäder ist zum Teil katastrophal, der seit einigen Jahren anhaltende Abbau der öffentlichen Mittel und eine mangelhafte Verwaltung haben zu einem erheblichen Sanierungsstau geführt.
- Die vereinzelte Schließung von Turnhallen und Schwimmbädern und der unzureichende Neubau haben den Mangel an intakten, stadtteilnahen Sportstätten verschärft; die Breitensportmöglichkeiten sind dadurch nachhaltig eingeschränkt.
- Das Sportamt und die bezirklichen Einrichtungen weisen zunehmend Mängel auf, auch nur die bestehenden Kapazitäten angemessen zu verwalten und zu pflegen, geschweige denn auszubauen.
- Immer deutlicher wird eine Verlagerung von Mitteln aus dem Freizeit-, Breiten- und Unterrichtssport zugunsten von tourismusverbundenen, mediengerechten Spitzensport-, Groß- und Event-Veranstaltungen.
- Die aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung zusätzlich bereit gestellten Mittel in Höhe von 21 Millionen Euro werden vor allem für den Fußball- und Hockeysport investiert, nicht aber für einen flächendeckenden Ausbau der notwendigen Platz- und Hallenkapazitäten in den Vierteln.
- Der von 2001 an regierende CDU-Senat wie auch die seit 2008 amtierende schwarz-grüne Koalition sahen und sehen den Ausweg aus der Krise des Sports immer öfter in der (Teil-)Privatisierung öffentlicher Sportstätten und in der Favorisierung von Projekten im Rahmen einer »Private Public Partnership« (PPP), also der Einbeziehung von privaten Trägern, Vereinen und Sponsoren.
- Ein allgemeiner Entwicklungsplan, der alle Seiten des Sports in einem integrativen Konzept vereinigt, steht noch immer aus, ist allerdings angekündigt.

**Hamburgs  
lange Sport-  
tradition**

**Schlechte  
Verwaltung  
der Kapazi-  
täten**

- 10 Beispielhaft für die Entwicklung des hamburgischen Sports sei zunächst gegenüber gestellt, wie unterschiedlich der Senat mit der Förderung des Spitzen- und Eventsports einerseits und des Breiten- und Schulsports andererseits umgeht.

### **Gescheiterte Bewerbungen um Großevents**

**Viel Geld für nichts**

Der schwarz-grüne Senat lässt kaum eine Gelegenheit aus, sich – kostenträchtig – um die großen, internationalen Turniere zu bewerben. Zwar ist die Ausrichtung der studentischen »Universiade« 2015 gescheitert – alleine für diese Spitzensport-Veranstaltung wären die hamburgischen SteuerzahlerInnen mit 50 bis 100 Mio. Euro zur Ader gelassen worden –, aber weitere Bewerbungen zur Ankurbelung des ja nur rein passiv zu erlebenden Hochleistungssports stehen auf der Tagesordnung. Beispielsweise sind alleine für den Rudersport die Austragung der Europameisterschaften und des World Cups 2011, der Junioren-Weltmeisterschaft 2014 sowie der Weltmeisterschaft 2017 im Gespräch. Bereits beschlossene Sache sind u.a. die UEFA Europa League (Finale), die Basketball U17-Weltmeisterschaft und die Deutsche Master-Meisterschaft (Schwimmsportarten) im Jahre 2010, die Europameisterschaft im Masters Wasserball und die European Company Sports 2011, angedacht sind zudem die Feldhockey-Weltmeisterschaft 2014 sowie die Hallenhockey-Weltmeisterschaft 2015.

Am weitesten vorangeschritten waren die Planungen für die Bewerbung um die Schwimm-Weltmeisterschaft 2013, die etwa 45 bis 50 Mio. Euro verschlungen hätte, davon die Hälfte aus dem Hamburger Haushalt. Am zugespitztesten kommt bei diesem letztendlich gescheiterten Vorhaben zum Ausdruck, dass es in Hamburg immer weniger um die vorrangige Förderung des Breiten- und Freizeitsports geht als vielmehr darum, die Fernseh- und Eventkultur zu bedienen. So war u.a. geplant, für die zweiwöchige Schwimm-Weltmeisterschaft die Nordbank-Arena im Altonaer Volkspark umzurüsten und zeitweilig drei Schwimmbecken zum Preis von 1,5 Mio. Euro zu schaffen, teure Einrichtungen, die nach Beendigung der Wettkämpfe ohne irgendeinen Effekt für die Hamburger Schwimmwelt wieder abgebaut worden wären.

### **Die Kombi-Rennbahn**

**31,4 Millionen Euro nur für Pferdenarren**

Einem ähnlich begrenzten Kreis von Interessierten dient auch die geplante Zusammenlegung der Galopprennbahn in Horn mit der bisher in Bahrenfeld unterhaltenen Trabrennbahn zur so genannten Kombibahn-Horn. Die öffentlichen Kosten belaufen sich hierfür auf mindestens 31,4 Mio. Euro, von denen 11,5 Mio. bereits in den Doppelhaushalt 2009/2010 eingestellt wurden. Mit dem Umbau der bisherigen Galopprenn- zur Kombibahn ginge auf der Anlage ein erheblicher Teil Fläche für den bestehenden Freizeit- und Erholungspark verloren. Die Vergabe des Betriebes an einen privaten Träger könnte darüber hinaus mit weiteren Auflagen (Eintritt, Zugangsbeschränkungen etc.) einhergehen. Der

anwachsende Verkehr, die Schaffung von Parkplätzen in vierstelliger Größenordnung, die zusätzlichen Lärmbelastigungen und die absehbar dauerhafte Unterstützung der Anlage aus Mitteln des Hamburger Steuersäckels sind weitere, überaus kritisch zu sehende Aspekte.

DIE LINKE stellt sich nicht prinzipiell gegen sportliche Großveranstaltungen, sofern die Aufwändungen auch einen Breitensportlichen Akzent setzen und nicht zuletzt zur Schaffung bzw. Sicherung von Sportstätten beitragen. Ein gutes Beispiel ist dafür das für 2017 vorgesehene und von der LINKEN unterstützte »Internationale Deutsche Turnfest«, das nach 1898, 1953 und 1994 zum vierten Mal in Hamburg stattfinden würde. Über 100.000 Menschen böte sich in der Veranstaltungswoche die Gelegenheit, aktiv Sport zu treiben, Tausende Interessierte würden die Chance haben, sich im Rahmen einer »Turnfestakademie« fortzubilden. DIE LINKE spricht sich auch nicht grundsätzlich gegen den Pferde- oder Tennissport aus, lehnt allerdings eine Förderung aus öffentlichen Mitteln ab, um entsprechende internationale Events für die hiesige Upperclass und die touristische Sportklientel zu finanzieren. Wenn zunehmend die Handelskammer und die Wirtschaft den Kurs der hamburgischen Sportpolitik bestimmen – ganz nach Thorsten Kausch (dem Geschäftsführer der »Hamburg Marketing GmbH«), für den »zur Vermarktung der Stadt Sportgroßveranstaltungen wichtig« sind –, geht dies nachhaltig zu Lasten des Breitensports von Hunderttausenden HamburgerInnen.

**Es ginge auch anders: Deutsches Turnfest 2017**

## **Der Breiten- und Schulsport wird vernachlässigt**

Wie sehr die Förderung vor allem des Breiten- und Schulsports in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde, lässt sich an anderen Beispielen deutlich machen. So ist die Lage des Schwimmunterrichts in Hamburg desaströs. Galt die Stadt noch vor einigen Jahrzehnten als europäische Metropole des Schwimmsports im Allgemeinen und des Schwimmenlernens im Besonderen, ist sie diesbezüglich heute Entwicklungsland. Bis zum Ende der Grundschulzeit haben hier 43% der Kinder noch nicht Schwimmen gelernt, bis zum Ende der sechsten Klasse sind immer noch 16% ohne »Freischwimmer«. Hinzu kommt, dass sich auch hier die soziale Spaltung der Stadt reproduziert: Kinder, die in einem benachteiligten Stadtteil wie Wilhelmsburg oder Billstedt leben, lernen das Schwimmen innerhalb der ersten vier Klassen an einzelnen Schulen bis zu 95% nicht, im begüterten Volksdorf dagegen haben 78 bis 100% am Ende der Grundschulzeit den begehrten Schwimmnachweis. Gekürzte »Wasserzeiten«, fehlende Sportlehrerkapazitäten und unzulängliche räumliche Verhältnisse sind einige der Ursachen. Alleine von den acht städtischen Lehrschwimmbecken sind vier wegen ihres maroden Zustandes seit längerem geschlossen.

**In der »Metropole des Schwimmsports« lernen zu wenig Kinder schwimmen**

Nun arbeitet der Senat nicht etwa daran, dies zu ändern, sondern er ist vor allem darum bemüht, den Skandal durch einige fragwürdige Schachzüge zu kaschieren. Zum einen sollen die Lehrschwimmbecken mit einem Buchwert von

- 12 3,36 Mio. Euro an private Träger bzw. Vereine »unentgeltlich übertragen« werden. Für die Sanierung der Becken sind zum anderen zwei Mio. Euro bewilligt worden, obwohl alleine die »Grundsanierung« nach Berechnungen des »Hamburger Sportbundes« (HSB) 2,62 Mio. Euro kosten dürfte. Damit wird nicht nur öffentliches Eigentum quasi verschenkt, sondern den Vereinen und möglicherweise auch anderen, nicht unbedingt gemeinnützigen Trägern fast ein Drittel der Sanierungskosten aufgebürdet. Neueste Zahlen besagen, dass die Sanierung der acht Lehrschwimmbecken noch 750.000 Euro mehr kosten wird. Mit der Verlagerung der Sanierungs- und der zukünftigen Unterhaltungskosten auf private Träger oder Vereine werden diese nicht umhin können, die Eintrittspreise kräftig anzuheben. Dies hätte zur Folge, dass das Schwimmen(lernen) noch teurer und für viele nicht mehr erschwinglich wird, als bisher schon. Der Staat hätte sich aus der Absicherung des Schwimmunterrichts herausgezogen. Was ein solcher Kurs flächendeckend zur Folge haben wird, kann man bereits jetzt bei der städtischen »Bäderland GmbH« sehen: Sie hat zuletzt im Februar 2009 die Eintrittspreise in den 20 Hallenbädern um durchschnittlich 2,8% erhöht.

### **Kindersportschulen: In Zukunft alles über Spenden?**

Ein weiteres Beispiel: Seit dem Beginn des Schuljahres 2009/2010 werden an 15 Hamburger Primarschulen (bis 2015 an 50) so genannte Kindersportschulen eingerichtet. Sie sind auf dem jeweiligen Schulgelände angesiedelt, werden von privaten Trägern bzw. Vereinen angeboten und dienen der »quantitativen Ergänzung zum obligatorischen Sportunterricht«. Die 45- bis 90-minütigen Kurse richten sich in der Startphase an 300 Kinder, die Zahl soll bis 2015 auf 1.100 anwachsen. Im ersten Halbjahr übernehmen die in das Programm einbezogenen Schulen die Finanzierung, ab dem siebten Monat zahlen die Eltern Mitgliedsbeiträge an den betreffenden Verein in Höhe von rund 12 Euro monatlich. Wer von Transferleistungen (Hartz IV etc.) abhängig ist, kann beim Projekt »Kids in die Clubs« eine Übernahme der Mitgliedsbeiträge beantragen. Dieses Projekt der »Hamburger Sportjugend« (HSJ) in Kooperation mit dem »Hamburger Abendblatt« (bzw. dessen Verein »Kinder helfen Kindern«) schöpft seine Mittel je zur Hälfte aus privaten Spenden und aus öffentlichen Mitteln, die in der Höhe des Spendenaufkommens von der Stadt »dazu gelegt« werden. Im Jahre 2009 beläuft sich der hamburgische Zuschuss auf 193.000 Euro.

**Umfassende  
öffentliche  
Sporterzie-  
hung, statt  
auf Spenden  
zu hoffen**

Aus unserer Sicht sollte die Stadt allerdings besser ihre Hausaufgaben machen und in den allgemeinbildenden Schulen endlich einen umfassenden Sport- und Schwimmunterricht, vor allem flächendeckend die dritte Sportstunde (als erster Schritt auf dem Wege zur langfristig anzustrebenden täglichen Sportstunde) für alle SchülerInnen realisieren sowie dieses zu 100% zu finanzieren. Die sicherlich von sozialem Engagement getragenen Projekte wie »Kids in die Clubs« sind vor allem ein Beleg dafür, dass der Staat angesichts der von der etablierten Politik selbst herbeigeführten Mangelsituation sukzessive Abschied

nimmt von einer umfassenden, öffentlichen Sporterziehung. Wo erst einmal der von Vereinen und privaten Trägern angebotene und von den Eltern im Normalfall selbst bezahlte (Nachmittags-)Sport floriert, wird der Schulsport alsbald noch weiter vernachlässigt werden.

## Die Sporthallen und -plätze vergammeln

Die Rote Karte in sportpolitischer Hinsicht verdient der Senat aber längst nicht nur für den Sport- und Schwimmunterricht, sondern auch für den Sportbetrieb und insbesondere die Lage der Hallen und Plätze in der Stadt.

**Die Rote Karte für den Senat**

Exemplarisch stehen dafür die Verhältnisse im Bezirk Hamburg-Mitte. Hier ist in den vergangenen Jahren nicht nur keine staatliche Halle neu entstanden, im Gegenteil sind Kapazitäten vernichtet worden (z.B. infolge des Verkaufs der ehemals städtischen Turnhalle an der Langen Reihe, die heute ein Restaurant beherbergt). Selbst das Bezirksamt räumt ein, dass die bestehenden 29 Sportanlagen in Hamburg-Mitte zwar »grundsätzlich noch »sportgerecht« nutzbar« seien, sie wiesen »jedoch z.T. beachtliche Mängel auf«, die »aufgrund der seit Jahren nicht auskömmlichen Sportrahmenzuweisung ... nicht behoben werden« konnten. Der Sanierungsstau alleine in diesem Bezirk wird mit mehr als 3 Mio. Euro beziffert, exklusive der beantragten Umwandlung von Grand- in Kunstrasenplätze.

Für die notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten aller öffentlichen Sportanlagen werden hamburgweit zur Zeit rund 32 Mio. Euro veranschlagt, etwa die Summe, die alleine für die Schwimm-Weltmeisterschaft verpulvert worden wäre! Vor diesem Hintergrund darf sich niemand darüber wundern, dass Vereinen und Sportgruppen zusätzliche Hallen- und Platzzeiten verweigert werden, sei es, dass (Schulturn-)Hallen wegen ihres schlechten Zustandes vereinzelt nicht genutzt werden können (wie bei der Halle Loogestraße), sei es, dass kein Platzwart zur Verfügung steht, um den ordnungsgemäßen Ablauf auf und die Pflege der Sportanlagen zu garantieren. Die Zahl der staatlichen Platzwarte wurde von 2000 bis 2008 von 114,5 auf 95 Stellen abgebaut.

**Sanierungsstau an allen Ecken und Enden**

Wie bei den Lehrschwimmbekken versucht der Staat verstärkt auch bei den Sportanlagen aus der Not eine »Tugend« zu machen und sich langfristig aus der Verantwortung für einen flächendeckenden Sport zu stehlen. Zwar sind im Februar 2009 im Rahmen einer längst überfälligen »Sanierungs-offensive« öffentlicher Sportstätten 16 Mio. Euro. (inkl. der 750.000 Euro für Kunstrasenplätze) bewilligt worden, allerdings verteilt auf die Jahre 2009 bis 2012, womit der Sanierungsstau auch auf absehbare Zeit nicht behoben werden kann.

## Privatisierung der Sportstätten?

Gleichzeitig betreibt der Senat die Privatisierung der Sportstätten – also die Übergabe Dutzender Hallen und Plätze an interessierte Vereine – und rechnet dabei mit einer Einsparung alleine der Betriebskosten in Höhe von ca. 2,5 Mio.

- 14 Euro. Nur ein Teil der Personal- und Betriebsausgaben soll den Vereinen erstattet werden: 50% der Platzwart- und 90% der Betriebskosten. Damit steht zu befürchten, dass einzelne Vereine in den kommenden Jahren in die Insolvenz gehen müssen. An den Neubau der so dringend benötigten Hallen wird nur in wenigen Fällen gedacht, Vereine wurden in der Vergangenheit mit ihren Hallenplanungen teilweise alleine gelassen. Der Verein »Sportspaß e.V.« erhielt z.B. für sein Sport-Center am Berliner Tor einen Zuschuss in Höhe von lediglich 50.000 Euro – ein Betrag, der gerade einmal 1,4% der gesamten Bausumme abdeckte.

Hinzu kommt, dass staatliche Schulgebäude und Turnhallen in Zukunft vermehrt nach privatwirtschaftlichen Maßstäben errichtet und bewirtschaftet werden. Den Anfang machte im Januar 2009 die Drei-Feld-Halle der Schule Bunawiete/Maretstraße im Harburger Phönix-Viertel. Sie wurde im Rahmen des auf 25 Jahre angelegten Projekts »Modell Hamburg Süd« vom städtischen Unternehmen »GWG Gewerbe« gebaut und wird seitdem von ihm unterhalten. Der Senat hat damit die Zuständigkeit für Schulgebäude erstmals von der Schulbehörde auf ein städtisches Gewerbe-Unternehmen verschoben.

#### Private und halprivate Sportstätten

Bereits im September 2008 hatte der Senat eine Expertise in Auftrag gegeben, in der es um Empfehlungen zum weiteren Umgang mit den 151 städtischen Sportplätzen gehen sollte. Favorisiert wird von dem privatwirtschaftlichen Beratungsunternehmen in dem im Juni 2009 vorgelegten Konzept ein Modell, nach dem die öffentlichen Sportanlagen in eine eigenständige städtische oder private Gesellschaft übergehen könnten. Damit wären die Plätze nicht nur aus der unmittelbaren behördlichen Verantwortung entlassen, damit stände für die Vereine perspektivisch auch an, für die Nutzung von Platzzeiten Miete zu entrichten. Sporttreiben würde dann noch stärker zu einer Angelegenheit von reichen Vereinen und betuchten Mitgliedern.

### Prioritäten für Spitzen-Events

Der Hamburger Sport insgesamt hat unter der Prioritätenverlagerung des Senats zugunsten des Leistungs-, Spitzen- und Eventsports zu leiden. In der »Rahmenvereinbarung zur Sportförderung 2006 bis 2010« wurde dem HSB auferlegt, einen »Konsolidierungsbeitrag« in Höhe von insgesamt 2,8 Mio. Euro zu erbringen. Erst im Februar 2009 wurde der jährliche Betrag auf 200.000 Euro abgesenkt. Der von CDU und GAL Mitte Februar 2009 beschlossene Sportförderungsetat sah für das laufende Jahr 0,9 Mio. Euro »Zuschüsse für Vereinssportstätten«, 2,142 Mio. für die allgemeine »Sportförderung« und 0,1 Mio. für die »Förderung von Integrationsmaßnahmen«, zusammen also gut 3,1 Mio. Euro im weitesten Sinne für den Breitensport der Vielen vor. Dagegen wurden für die »Förderung des Leistungssports« 1,526 Mio. Euro, für »Baumaßnahmen zur Förderung des Spitzensports« sogar 2,1 Mio. Euro, zusammen also gut 3,6 Mio. für den Leistungs- und Spitzensport der Wenigen bewilligt.

Im Interesse des Breiten- und des Schulsports, der Sportplätze und Hallen muss die hamburgische Sportpolitik auf kurzatmige Events und unausgeorene Konzepte verzichten, die viel Geld verschlingen und nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kommen. Im Interesse hunderttausender Sporttreibender wäre es viel nachhaltiger, die maroden Sportstätten beschleunigt zu sanieren, vorrangig in den benachteiligten Quartieren. Der Sport insgesamt, vor allem aber der Sport- und Schwimmunterricht muss uneingeschränkt als Teil staatlicher Aufgaben betrachtet und finanziell vernünftig ausgestattet werden. Dabei sind gezielt die benachteiligten Menschen und Familien zu fördern, z.B. durch die vollständige Übernahme etwaiger Vereinsbeiträge von Hartz IV-BezieherInnen und ihren Kindern. Dies kann nicht – sicherlich gut gemeinten – Spendenaktionen überlassen bleiben. Die sportliche Betätigung ist ein wichtiger Bestandteil menschlicher Grundbedürfnisse und sozialen Miteinanders. Die umfassende Förderung des Sports gehört daher zu den vornehmsten Pflichten des Staates. Alle Abbau- und Privatisierungsbestrebungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab!

## Die Rolle der Sportvereine und -verbände

Zur Verwirklichung der Ziele einer an den Bedürfnissen der Menschen nach Bewegung und Sport orientierten Politik bedarf es einer umfassenden, öffentlichen Förderung der Sportvereine und -verbände. Mit ca. 522.000 Mitgliedschaften (darunter 213.000 von Mädchen und Frauen) und ca. 34.000 Ehrenamtlichen in 788 Vereinen (laut HSB-Angaben Anfang 2009) ist der Hamburger Sportbund der wichtigste Träger sportpolitischer Programme und zugleich die größte soziale Organisation in Hamburg. Daneben gibt es in der Stadt rund 200.000 in privaten Einrichtungen trainierende SportlerInnen sowie eine große Anzahl FreizeitsportlerInnen. Der HSB versteht sich zusammen mit seinen Mitgliedsverbänden als Interessenvertretung für den gesamten Sport in der Freien und Hansestadt Hamburg.

**522.000  
Mitglieder  
in 788 Sport-  
vereinen**

Vereinssport ist unverzichtbar, damit ein breit gefächertes und kostengünstiges Sportangebot für alle Teile der Bevölkerung gewährleistet werden kann. Lange Zeit wurde der gemeinnützig organisierte Sport alleine über einen festen Prozentsatz aus den staatlichen Lottereeinnahmen finanziert. Um den hamburgischen Sport von den schwankenden, zuletzt rückläufigen Lotto-Toto-Mitteln abzukoppeln und auf kalkulierbarere, stabile Grundlagen zu stellen, unterzeichneten im Jahr 2007 der Senat (die Behörde für Inneres), der HSB sowie der »Hamburger Fußball-Verband« (HFV) einen »Vertrag zur Absicherung der Sportförderung in der Freien und Hansestadt Hamburg«. Dieser regelt seitdem Art, Umfang und Qualität der Sportförderung. Bereits seit 2006 erhalten die Dach-

**Die Bedeu-  
tung des  
Vereins-  
sports**

- 16 organisation des Hamburger Sports und der HFV eine öffentliche Pauschalförderung in Höhe von 6,5 Mio. Euro plus zweckgebundene Mittel über 850.000 Euro. Gleichzeitig wurde von der Gesamtsumme ein Anteil von 1,05 Mio. Euro als »Konsolidierungsbeitrag« einbehalten. Der jährliche Einsparbetrag wurde im Februar 2009 auf 200.000 Euro reduziert.

DIE LINKE setzt sich für die Aufhebung von Sparmaßnahmen im Sport und die komplette Streichung des Konsolidierungsbeitrags ein. DIE LINKE fordert von der schwarz-grünen Senatskoalition die Rücknahme der Einsparverpflichtungen sowie einen Ausbau der institutionellen Förderung mit dynamischer Anpassung an künftige Preisentwicklungen.

**Herstellung und Erhalt einer modernen Sportinfrastruktur**

Eine moderne Sportinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung für ein entwickeltes Gemeinwesen. Nur durch ausreichende Kapazitäten in einer bedarfsgerechten Qualität können die Vereine und Verbände die Gewähr bieten, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger in sämtlichen Stadtteilen zu günstigen Konditionen Sport treiben können. Eine zentrale Aufgabe besteht daher in der Herstellung und Sicherung einer entsprechenden, modernen und wirtschaftlichen Sportinfrastruktur. Dieses Ziel schließt ein:

- die Wahrung der Autonomie des Sports und den Ausbau der Förderung des Vereins- und Verbandssports;
- die Rücknahme der Einsparverpflichtungen sowie den Ausbau der institutionellen Förderung mit dynamischer Anpassung an künftige Preisentwicklungen;
- die Einschränkung des staatlichen Steuerungsanspruchs und zugleich einen Bürokratieabbau;
- die eindeutige Zuordnung von Aufgabenzuständigkeiten;
- die Orientierung am Subsidiaritätsprinzip, d.h. die bevorzugte eigenverantwortliche Verwendung der zugewiesenen öffentlichen Mittel;
- die Befürwortung eines gemeinsamen, qualitativen Sportentwicklungsberichts für konstruktive Verbesserungsansätze anstelle kleinteiliger und realitätsferner Ziel- und Leistungsvereinbarungen;
- den vertrauensvollen, partnerschaftlichen Dialog über die vor allem den Breitensport akzentuierende »Sportstadt Hamburg«;
- eine klare Unterscheidung zwischen sportkompetenten und -gestaltenden Institutionen (wie dem HSB und dem Olympiastützpunkt, den Fachverbänden und Sportvereinen) einerseits und etwaigen Sportförderern andererseits;
- den beschleunigten, systematischen Abbau des über Jahre entstandenen Sanierungsstaus bei den vereinseigenen sowie bei den öffentlichen Sportstätten;
- die konsequente Umsetzung der dritten, von ausgebildeten SportlehrerInnen erteilten Schulsportstunde als nächstem Etappenschritt zur Realisierung der täglichen Sportstunde an allen allgemeinbildenden Schulen;
- die umgehende Vorlage eines Maßnahmenkatalogs zur sukzessiven Umsetzung dieser Ziele.

## Das Erfolgsrezept von »Sportspaß«

Neben der zentralen Rolle der öffentlichen Förderung der Sportverbände und ihrer -vereine sowie des Sportgesamtbetriebes auf allen Ebenen und in den verschiedensten Disziplinen kommt allerdings auch der inneren Reform im Vereinssport eine erhebliche Bedeutung zu. Dies belegt die Erfolgsgeschichte des »Verbandes für Turnen und Freizeit« (VTF), insbesondere seines Mitgliedsvereins »Sportspaß e.V.«. Er wurde im September 1977 als gemeinnütziger Verein gegründet und ist heute mit rund 54.000 aktiven Mitgliedern der größte Freizeitsportverein Deutschlands. Das »Rezept« lautet:

- Freizeit- statt Wettkampfsport;
- offene, frei wählbare Angebote statt verpflichtender Trainingszeiten;
- Kundenorientierung statt überflüssiger Vereinsmeierei;
- schlanke Organisation.

Sportspaß verfolgt eine Konzeption, die über die Jahre immer mehr AnhängerInnen gefunden hat. Heute umfasst die Palette u.a.:

- rund 6.000 Sport-, Tanz- und Entspannungsangebote in der Metropolregion;
- spezielle Angebote für jede Altersgruppe;
- Präsenz in 80 städtischen Sporthallen;
- fünf eigene Sportcenter;
- moderne Fitnessstudios;
- multifunktionale Sporthallen;
- professionelle Anleitung und Fortbildung;
- Öffnungszeiten an sieben Tagen in der Woche;
- kundenfreundliche Kündigungsfristen.

Diese Angebote und Leistungen werden – im Vergleich mit anderen Vereinen – zu ausgesprochen günstigen Monatsbeiträgen vorgehalten und erbracht:

- 8,50 Euro für Erwachsene;
  - 4,40 Euro für Kinder und Jugendliche (bis zum vollendeten 16. Lebensjahr),
- Als einmalige Aufnahmegebühr sind 10,- Euro zu entrichten; für den jeweiligen Monatsbeitrag können sämtliche Sportangebote in allen Sportcentern und Schulturnhallen wahrgenommen werden.

## Die Rolle der städtischen Sportverwaltung

Lange Zeit war das Sportamt Teil der Behörde für Inneres. Mit der Bildung des schwarz-grünen Senats im April 2008 kam die Zuständigkeit zum Senatsressort für Kultur, Sport und Medien, das seitdem von der Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck geleitet wird. Unterstützt wird sie dabei u.a. von (Sport-)

- 18 Staatsrat Dr. Manfred Jäger und Sportamtsleiterin Michaela Petermann. Der HSB kritisierte nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen nachdrücklich den geringen Stellenwert des Sports im CDU-GAL-Koalitionsvertrag, ihm ist im 65-seitigen Abkommen weniger als eine halbe Seite gewidmet.

Mit dem seit Frühjahr 2008 eingeschlagenen Kurs hält der amtierende schwarz-grüne Senat weiter fest am CDU-Regierungsprogramm von 2004 und am vorrangigen Ziel, »Hamburg als Sportstadt national und international wirksam zu positionieren«. Die Verteilung der Mittel erfolgt überwiegend zugunsten der Leistungs-, Spitzen- und Eventkultur, wie die Etatberatungen im Februar 2009 und weitere Debatten im Haushaltsausschuss gezeigt haben. Ein Beispiel von Mitte Juni 2009 ist die Genehmigung von 250.000 Euro, um 400 zusätzliche Pferdeboxen und einige turniernäher gelegene Parkplätze für das Deutsche Spring- und Dressur-Derby in Hamburg-Flottbek zu schaffen. Der schwarz-grüne Senat und das Sportamt kommen damit der Vorgabe der Handelskammer entgegen, mindestens eine internationale Sportmeisterschaft pro Jahr nach Hamburg zu holen und dafür auch Mittel in erheblichen Größenordnungen zur Verfügung zu stellen.

Die unhaltbare Situation vor allem im schulischen Schwimmsport, aber auch der sich immer mehr ausweitende Sanierungsstau im Bereich der Sportanlagen führten im Februar 2009 zur Bewilligung von zusätzlichen Mitteln und einer Reihe von Beschlüssen, die eine punktuelle Verbesserung der Sportförderung und bei der Generalüberholung von Hallen und Plätzen zur Folge haben dürften. Doch diese Maßnahmen werden nicht ansatzweise reichen, um den Sanierungsstau tatsächlich zu überwinden, geschweige denn ein Neubauprogramm aufzulegen, selbst wenn zusätzliche Mittel aus den Konjunkturprogrammen genutzt werden sollten.

Ein weiteres Beispiel für die Vernachlässigung des Breitensports wird am Beispiel einer vergleichsweise überschaubaren, aber für den Sportbetrieb außerordentlich wichtigen Innovation deutlich: Bereits seit 2006 ist der Senat bemüht darum, eine zentrale Datenerfassung und -verwaltung hinsichtlich der Hamburger Sportstätten auf den Weg zu bringen. Die entsprechende Software ist im Laufe des Jahres 2009 zwar installiert worden, aber längst sind noch nicht alle Sportstätten eingespeist und damit abrufbar.

Vor diesem Hintergrund kann man auch skeptisch in die Zukunft blicken, was die Erarbeitung eines integrierten Sportentwicklungsplanes angeht, der in Berlin zum Beispiel in vorbildlicher Weise bis 2006 entstanden ist. Bis Ende 2010 soll auch in Hamburg ein solcher Sportentwicklungsplan in enger Abstimmung mit dem HSB aufgestellt werden. Aus Sicht der LINKEN ist hierbei nicht nur eine umfassende Ist-Analyse vonnöten, sondern insbesondere auch eine Programmplanung für die Förderung des Sportbetriebes und die beschleunigte Sanierung der Sportstätten. DIE LINKE wird in den Beratungen vor allem auf die Ermittlung der genauen Bedarfe in den Stadtteilen, insbesondere den benach-

**Kommt ein integrierter Sportentwicklungsplan?**

teiligten Quartieren drängen. Daneben tritt DIE LINKE für eine an den verschiedenen Zielgruppen orientierte Sportentwicklung ein; primär sollte es dabei um den Kinder- und Jugendsport und die Gruppen der MigrantInnen, Erwerbslosen, Behinderten und SeniorInnen gehen. 19

## Die sportpolitischen Forderungen der LINKEN für Hamburg

Das Hauptziel der Hamburger Sportpolitik muss darin bestehen, die Rahmenbedingungen für das kostenfreie oder zumindest kostengünstige Sporttreiben aller sportinteressierten Menschen in Hamburg zu organisieren und abzusichern.

**Sport muss billig, am besten umsonst angeboten werden**

- Abschaffung des Konsolidierungsbeitrages!
- Aussetzen sämtlicher Sparauflagen für den hamburgischen Sport!
- Erhöhung der Pauschalförderung für den HSB, die Verbände und Vereine von 6,5 auf 10 Mio. Euro pro Jahr!
- Entgeltfreie Nutzung der öffentlichen (Schul-)Turnhallen und -plätze durch die gemeinnützigen Vereine und den organisatorisch ungebundenen Freizeitsport!
- Aufnahme des Sports als Staatsziel in die Hamburgische Landesverfassung!

Ganz besonders gilt es, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und Akzente zu setzen, sozial benachteiligte Viertel und Personengruppen hinsichtlich ihrer Bewegungs- und Sportbedürfnisse umfassend zu fördern.

**Solidarität mit Benachteiligten**

- Vorrangige Sanierung der staatlichen und vereinseigenen Sportstätten in den benachteiligten Vierteln!
- Gezielte Sportförderprogramme für Kinder und Jugendliche vor allem in den überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und anderen Faktoren der Benachteiligung geprägten Stadtteilen!
- Verstärkte Realisierung und Evaluierung von innovativen Konzepten zur sportlichen Mobilisierung vor allem von Kindern und Jugendlichen in eben diesen Quartieren!
- Übernahme der Vereinsbeiträge für alle Sport treibenden Erwerbslosen, Hartz IV-EmpfängerInnen und sonstigen Einkommensarmen und ihre Kinder durch öffentliche Träger der Arbeits- und Sozialverwaltung!

Vorrang bei allen sportpolitischen Überlegungen und Maßnahmen muss zudem die Herrichtung maroder und im Einzelfall der Neubau absolut notwendiger Sportstätten (vor allem Turnhallen) haben.

- 20 ■ Erhöhung der Investitionssumme für die Sanierung und den Neubau von öffentlichen Sportstätten von 16 auf 50 Mio. Euro in den kommenden vier Jahren!
- Nachhaltiger Ausbau der Finanzmittel für die Sanierung von vereinseigenen Sportstätten!
  - Berücksichtigung der Erfahrungen mit energiesparender und wärmedämmender Bauweise im Sportstättenbereich!
  - Verwendung eines Teils der Mittel auch aus einem möglichen Konjunkturprogramm III für die systematische Sportstättensanierung!

**Breiten- und  
Freizeitsport  
fördern**

Die begrenzten Finanzmittel dürfen nicht vorrangig für internationale Sport-Events und Spitzensport-Veranstaltungen vergeudet werden, sondern müssen gezielt und systematisch weit überwiegend in die Förderung des Breiten- und Freizeitsports umgewidmet werden.

- Verzicht auf den Bau der Kombibahn in Hamburg-Horn!
- Verzicht auf den Ausbau der Derby-Anlage in Klein-Flottbek!
- Verzicht auf den Großteil der Bewerbungen um rein spitzensportlich orientierte Großevents sowie den Grundsatz, mindestens eine Meisterschaft pro Jahr nach Hamburg zu »holen«!
- Unterstützung der Bewerbung um das vor allem breitensportlich ausgerichtete Internationale Deutsche Turnfest 2017 in Hamburg!

Ein Hauptaugenmerk muss auf die katastrophale Situation des Schwimmenlernens gerichtet werden; dies gilt sowohl für die räumlichen Bedingungen (Lehrschwimmbäder, Schwimmhallen) als auch die personellen Kapazitäten (qualifizierte SportlehrerInnen).

- Vermittlung der Schwimmfähigkeit (Freischwimmer!) für alle Hamburger SchülerInnen spätestens bis zum Ende der vierten Klasse!
- Komplette Sanierung der Lehrschwimmbekken durch öffentliche Mittel!
- Verbilligung der Eintrittspreise in den Schwimmhallen und Freizeitbädern von »Bäderland Hamburg GmbH« um 50%!

Wir lehnen die Privatisierung von öffentlichen Sportanlagen (Turnhallen, Sportplätzen, Lehrschwimmbekken) und die Schaffung von immer mehr außerschulischen sportlichen Angebotssegmenten insbesondere in den allgemeinbildenden Schulen ab und treten stattdessen ein für

- Erhalt, Pflege und Unterhaltung der acht Lehrschwimmbekken als städtischer Besitz unter hamburgischem Dach!
- Erhalt, Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Sportstätten in städtischer Verantwortung!
- Konsequente Umsetzung der dritten Sportstunde in jeder allgemeinbildenden Schule!

- Systematische Schaffung der nötigen Voraussetzungen für die tägliche Sportstunde in den nächsten zehn Jahren! 21

Unzufriedenheit herrscht bei Vereinen und Sporttreibenden über die oftmals schwierige, verzögerte und bürokratische Vergabe von Hallen- und Platzzeiten bei öffentlichen Sportstätten. Hier ist dringender Veränderungsbedarf angezeigt.

- Beschleunigte Erfassung und Vergabe sämtlicher Sporthallen und -plätze auf der Basis computergestützter Daten!
- Regelmäßige Prüfung der realen Nutzung und ggfs. schnelle Neuvergabe der freien Kapazitäten!
- Allgemeine Öffnung des Geländes und der Sportplätze der Schulen bis in die Abendstunden!
- Schaffung neuer behördlicher Stellen für Platzwart- und Hausmeistertätigkeiten!
- Erhöhung der Transparenz und Einhaltung klarer, nachprüfbarer Maximen bei der Vergabe von Hallen- und Platzzeiten!
- Bevorzugung von stadtteilorientierten Vereinen und Freizeitgruppen hinsichtlich der Vergabe von Platz- und Hallenzeiten bei den öffentlichen Sportstätten vor Ort!

Die Erhaltung und Stärkung der Autonomie des Hamburger Sports auf allen Ebenen muss ein zentrales Anliegen auch der städtischen Sportverwaltung sein. Bürokratische Einschränkungen sind ebenso zu vermeiden wie (inner-)verbandliche Machtpolitik.

**Sportpolitik entbürokratisieren**

- Regelmäßige Konsultation der Sportverbände durch Politik und Sportamt!
- Angemessene Verteilung der pauschalen Sportfördermittel primär nach dem Anteil der realen Mitgliederzahlen!
- Vermittlung und Diskussion der innovativsten Sportkonzepte und Anpassung an vorhandene Sport- und Bewegungsbedürfnisse!

Die Erarbeitung eines integrierten Sportentwicklungskonzepts für Hamburg ist überfällig. Ausgehend von einer umfassenden Ist-Analyse muss der konkrete Bedarf in den Stadtteilen und mit Blick auf bestimmte Personengruppen (vor allem Kinder und Jugendliche, MigrantInnen, Erwerbslose, Behinderte und SeniorInnen) ermittelt und in angemessener Form umgesetzt werden. Bei der Erarbeitung des Sportentwicklungsplanes sind partizipative Methoden und Ziele anzustreben und zu beherzigen.

**Ein Sportentwicklungskonzept für Hamburg muss her**

- Einbeziehung der Sportverbände und vor allem Vereine zur Erarbeitung konkreter, stadtteil- und personengruppenorientierter Sportangebote vor Ort!
- Herstellung von Transparenz, Vermittlung in die mediale Welt und verstetigte Rückkoppelung mit engagierten SportlerInnen bezüglich der Kriterien und Zielsetzungen des Entwicklungskonzepts!

- 22 ■ Einbeziehung der Erfahrungen anderer deutscher und europäischer Metropolen bei der Abfassung des Sportentwicklungskonzepts!
- Angemessene Berücksichtigung besonders innovativer Konzepte und neuer Angebotssegmente!
  - Umfassende Einbeziehung der betroffenen und interessierten Bevölkerung bei der Planung von neu- und umzubauenden Sportstätten wie z.B. des Freibads Ohlsdorf!
  - Vorlage eines Zwischenberichts bis Ende 2009 und des Endberichts bis 2010!

**Leistungs-  
und Spitzensport  
haben  
ihren Platz**

Auch der Leistungs- und Spitzensport soll in Hamburg seinen Platz haben, um interessierten und talentierten SportlerInnen die Möglichkeit zur intensiven Betätigung und Präsentation zu bieten.

- Sicherung der bestehenden Einrichtungen des Leistungssports!
- Konzentration im geförderten Leistungssport auf wenige Disziplinen!
- Unterstützung bei der Talentsuche, dem Training und der Delegation von Hamburger Leistungs- und SpitzensportlerInnen zu Wettkämpfen!

**Aus der  
Geschichte  
lernen**

Hamburg weist eine lange und vielfältige Geschichte des Sports auf. Hier hat der Breitensport eine beträchtliche Ausdehnung erfahren, hier sind aber auch bedeutende Teams und Sportpersönlichkeiten engagiert gewesen und sind es immer noch. Entsprechende Daten, Materialien und Gegenstände sind für die interessierte Öffentlichkeit zu sammeln und zugänglich zu machen.

- Sicherung, Aufarbeitung und Präsentation des kulturhistorischen Schatzes der Hamburger Turn-, Sport- und Schwimmgeschichte!
- Förderung und beschleunigte Eröffnung eines Sportmuseums für Hamburg!
- Besondere Berücksichtigung sozial- und kulturhistorischer Zugänge!
- Förderung stadtteil-, vereins- und spartenbezogener Forschung auf dem Feld der hamburgischen Sportgeschichte!



# Positionsbestimmungen



**Öffentlich  
Private  
Partnerschaften**

Eine besonders intelligente Form der Privatisierung?

Joachim Bischoff  
Uta Furlong  
Bernhard Müller

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

**Mehr, bessere  
und preiswerte  
Wohnungen!**

Eckpunkte einer sozialen Wohnungspolitik für Hamburg

Joachim Bischoff  
Michael Jahn  
Anja Schellner

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

**Weniger, besser,  
sicherer & preiswerter fahren!**

Eckpunkte einer Verkehrskonzeption für Hamburg

Joachim Bischoff  
Michael Jahn  
Anja Schellner

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Öffentlich Private Partnerschaft sind – insbesondere bei den dringend erforderlichen Schulsanierungen und beim Schulneubau – keine besonders intelligente Form der Privatisierung, sondern deren Fortsetzung mit untauglichen Mitteln. Deshalb tritt DIE LINKE für andere Lösungen ein, die günstiger, transparenter und demokratischer sind als vermeintlich kostengünstige Öffentlich Private Partnerschaften.

Wohnen ist ein elementares menschliches Bedürfnis – ein Bedürfnis, das weit mehr beinhaltet, als bloß ein Dach über dem Kopf zu haben. Menschenwürdiges Wohnen schließt daher immer auch Wohnverhältnisse und Wohnumfeldbedingungen ein. Gebraucht werden Wohnungen, die nicht krank machen, die angemessen groß sind und zu den unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebenssituationen der Menschen passen.

Die Hauptprobleme im hamburgischen Gesamtverkehr sind: zum schnellen Fahren einladende Straßenführungen, zu hohe Kosten für die Benutzung des ÖPNV und mangelnde Anpassung an das wachsende Verkehrsaufkommen, die mangelhafte Umsetzung der Radverkehrsstrategie, hohes Pendleraufkommen vor allem während der Hauptverkehrszeiten, Lärmzunahme als Begleiterscheinung von steigendem Verkehrsaufkommen.

Die Broschüren sind kostenlos erhältlich:

Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, Tel.: 040/42831-2250, Fax: 040/42831-2255  
E-Mail: [info@linksfraktion.hamburg.de](mailto:info@linksfraktion.hamburg.de); [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)

Joachim Bischoff ist Ökonom und Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Michael Joho ist Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Kontakt:

## Fraktion DIE LINKE

in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Telefon: 040/42831-2250

Telefax: 040/42831-2255

E-Mail: [info@linksfraktion.hamburg.de](mailto:info@linksfraktion.hamburg.de)

[www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Redaktionsschluss: Oktober 2009

Titelfoto: Hamburger Kinder beim Zehntel-Marathon über 4,2 Kilometer (Foto: Kay Nietfeld dpa/Ino)

Endredaktion, Satz & Gestaltung: Gerd Siebecke

Druck & Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg